

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 19 / 41. Jg.

11. Mai 1928

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,  
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungslog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

## Redaktion:

Hans Ronneger, Berlin N 24, Elsassersstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 - Druck und Expedition  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Bereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Schkeuditz]

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronneger, Berlin N 24, Elsassersstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

## Wahlrecht

## ist Wahlpflicht!

Der Bürgerblock-Reichstag ist schon vor seinem offiziellen Tode begraben worden. Die Differenzen über die Gestaltung des Schulgesetzes trieben die Regierungsparteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen auseinander und schlugen den reaktionären Bürgerblock in Scherben. Herr Marx, der Wandelbare und Reichskanzler des Bürgerblocks tat darauf, was nur zu tun übrig blieb: er löste den längst schon nicht mehr mit dem Fühlen und Denken des Volkes übereinstimmenden Reichstag auf und schrieb die Neuwahlen aus. *Am 20. Mai erfolgt die Neuwahl des Reichstages! Da jeder über 20 Jahre alte Deutsche das Wahlrecht zum Reichstag hat, ist es auch Pflicht jedes Wahlberechtigten, sein Recht in Anspruch zu nehmen.*

Wie bei jeder Wahl sind auch diesmal die politischen Parteien ausgezogen, die Stimmen des Volkes für sich zu gewinnen. Eine Flut von Flugschriften ergießt sich über das Volk, das vielmurbe. *Wem hat der freie Gewerkschafter und sein Anhang die Stimme zu geben?* Überblickt man kritisch das Tun des Bürgerblocks, dann gibt es nur ein Urteil: *Der Bürgerblock war das Vollzugsorgan der Interessen der Schlot- und Krautjunker!* Alles was geeignet schien, die Besitzenden zu entlasten und die Besitzlosen zu belasten, zu tun, war dem Bürgerblock-Reichstag eine Pflicht. Nichts von Hilfe der arbeitenden Schichten, nichts von ausreichendem Löhnen und Achtstundentag, nichts von Abbau der Preise, nichts von ausreichendem Arbeiterschutz, nichts von gesunder Handelspolitik und nichts von Weltbefriedung. Das alles war nicht Aufgabe der Rechtsparteien, deren Sorge darin bestand, den Besitzenden zu helfen.

## Darum keine Stimme den Rechtsparteien!

Aber auch die *Kommunistische Partei* kann keinen Anspruch darauf erheben, als politische Vertreterin freigewerkschaftlicher Forderungen und Ziele zu gelten. Wer beabsichtigt, die freien Gewerkschaften zu erobern und sich ihrer zu bemächtigen, wer ihre Politik bekämpft und die freie Gewerkschaftsbewegung beschimpft, wer sie spaltet um später aus taktischen Gründen die Einheit zu propagieren, kurz, wer die freien Gewerkschaften aus parteitaktischen Gründen an der Erfüllung ihrer schweren Aufgaben hindert, ist nicht berufen Interessenvertretung der freien Gewerkschaften zu sein. Das alles aber hat die Kommunistische Partei getan. *Noch unvergessen ist der Ausspruch Sinowjews, daß die Verbandsleute und Funktionäre der freien Gewerkschaften die Kettenhunde der Bourgeoisie seien.*

## Darum keine Stimme den Kommunisten!

Ganz anders dagegen die *Sozialdemokratische Partei*. Sie hat stets die Forderungen der freien Gewerkschaften im Parlament restlos und uneigennützig unterstützt und befürwortet. Sie hat die Sozialpolitik vorangetrieben und die Arbeiterversicherung zum Ausbau geführt. Sie hat die Lohnforderungen der Arbeiter rückhaltslos vertreten und wieder und wieder den gesetzlichen Achtstundentag gefordert. Und trotz dieses Eintretens sind die freien Gewerkschaften nicht an die Sozialdemokratie gebunden, sondern von ihr völlig unabhängig. *Deshalb wird auch die Sozialdemokratie von dem größten Teil der freien Gewerkschafter als ihre Interessenvertretung betrachtet.* Und sie ist es auch in der Tat. Darum kann es im bevorstehenden Wahlkampf für jeden freien Gewerkschafter und seinen Anhang nur die eine Losung geben:

**Jede Stimme der Sozialdemokratie!**

**Wahlrecht ist Wahlpflicht! Am 20. Mai ist Wahltag!  
Wahltag ist Zahitag! Wählt nur Sozialdemokraten!**

## Politische Wahlen mit sozialem Hintergrund.

Zwei Momente sind es, die der modernen Welt das Gepräge geben: die wundervolle Prosperitätsperiode, die Amerika im Banne hält und die kapitalistische Erneuerung Deutschlands seit 1924. Letzterer Moment ist durch die verschiedenartigen Begleiterscheinungen noch mehr in die Augen springend als ersterer, weshalb wir uns besonders mit diesem beschäftigen wollen. Wie der amerikanische, so ist der deutsche Aufstieg beispiellos in der Geschichte der ökonomischen Entwicklung. Über diesen Aufstieg spricht man draußen in der Welt in den rosigen Farben. Deutschland ist trotz Besiegung im Kriege im raschen Tempo zum Zentralknotenpunkt des europäischen Wirtschaftssystems geworden. Wie aber wurde diese wirtschaftliche Wiederaufstehung zustandegebracht? Joseph Wirth, der Oppositionsmann in den Zentrumsreihen, hat in der Schlußsitzung des dahingegangenen Reichstages wahre Worte gesprochen, als er sagte: „Wir mußten, um die ersten Reparationsleistungen zahlen zu können, die Arbeiterschaft mit einem empfindlichen Lohnabbau belasten. Daß die Gewerkschaften aller Richtungen diesem Lohnabbau zugestimmt haben (weil sie durch den Übergang zur Stabilisierung geschwächt waren) darin liegt die sittliche Größe der Arbeiterschaft. Die Besitzlosen, die ärmsten Söhne unseres Volkes, haben uns in dieser schwersten Zeit mehr geholfen als die Besitzenden, die Bildung und Besitz nur für sich in Anspruch nahmen.“

Bräucht es zur Darlegung der Stabilisierungsperiode noch weiterer Worte? Nein! Die Arbeiterschaft lebte unter den grausamsten Verhältnissen: Der Achtstundentag war verschwunden und obendrein stand der Lohn tief unter dem Niveau der Vorkriegszeit. Und was sehen wir heute? Zur Arbeitszeit ist folgendes zu sagen: Zunächst muß festgestellt werden, daß von den Industriearbeitern wenigstens die Hälfte einen Arbeitstag hat, der über acht Stunden liegt. Und der Lohn? Der Vorkriegslohn ist noch lange nicht erreicht. Aber selbst wenn das in einer Anzahl von Industrien der Fall sein sollte, ist das ein Grund Halt zu machen? Die Welt von 1914 hat sich gründlich verändert. Es sind neue ökonomische Begriffe entstanden. Henri Ford, der in den letzten Wochen in England weilte, erklärte einem Korrespondenten des „Manchester Guardian“: „Das Wichtigste, was die Völker noch zu lernen haben, ist das Problem des Lohnes. So lange hier nicht der Hebel angesetzt wird, gibt es keine richtigen Absatzmärkte. Ein Volk, das zu nächstem Lebensunterhalt nicht genug hat, kann keine Märkte erzeugen. Englands Lohnstandard ist zweifellos viel besser, als derjenige aller anderen Länder, aber auch selbst England muß die neue Theorie aufnehmen. Die Menschen haben Angst, den Kreis ihrer Bedürfnisse zu erweitern, solange sie einen geringen Lohn verdienen.“

Wer wollte leugnen, daß sich um diesen Punkt alle volkswirtschaftliche Erkenntnis dreht? Wohl hat der als internationale Sachverständige gepriesene Professor Cassel die Behauptung aufgestellt, die Gewerkschaften verursachen durch ihre Lohnpolitik wirtschaftliche Krisen, aber dieser Mann der „Wissenschaft“ steckt bis über die Ohren in der alten Manchesterlehre, die heute nachgerade keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt und abgetan ist. Die Zeiten des Frühkapitalismus mit seiner Lehre vom „freien Spiel der Kräfte“ sind vorbei und selbst einsichtige Wissenschaftler sprechen das offen aus. Es sei nur an Keynes, den berühmten englischen Volkswirtschaftler erinnert, der in Deutschland durch seinen Kampf gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages bekannt wurde und der die Manchesterlehre als wissenschaftlichen Unsinn bezeichnet hat. Als weiteres Beispiel möge das Vorgehen der englischen liberalen Partei gelten, die jüngst einen aufsehenerregenden Bericht in Form eines Gelbbuches veröffentlichte, das neue Wahlprogramm des englischen Liberalismus enthaltend. Dieses Programm verlangt unter anderem, daß der Staat als überragende Wirtschaftsmacht bestimmenden Einfluß auf das Wirtschaftsgetriebe erhalten soll. Alle Unternehmungen, die mehr als 50 v. H. der Produktion auf sich vereinigen, sollen der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden. Auf Deutschland angewandt, müßten Farbenindustrie, Vereinigte Stahlwerke, um nur einige zu nennen, unter Staatskontrolle kommen. Kooperation unter staatlicher Kontrolle ist es, was das Zeitalter der Rationalisierung fordert. Deutschland zeigt sich hier in einer gar eigenartigen Stellung, wie die Haltung der Schwerindustrie beweist, die gegen eine unter Staatsaufsicht stehende Kartellierung oder Trustifizierung Sturm lief, weil es angeblich ein „Rückfall in die Zwangswirtschaft bedeute“. Der zusammengebrochene Bürgerblock setzte Stein und Bein in Bewegung zur Ausschaltung jeder Staatskontrolle. Und doch, welchen Weg geht die neueste Entwicklung der Kartellierung und Trustifizierung? Werfen wir zur Kennzeichnung der jüngsten Phase kapitalistischer Expansion einen Blick auf die chemische Industrie. Vor dem Kriege war Deutschland das weltweite wichtigste Land für chemische

Produkte: 80—90 v. H. der Weltproduktion lieferte es. Der Weltkrieg schaltete Deutschland vorübergehend vom Weltmarkt aus, während welcher Zeit sich die Industrie in den anderen Ländern ausdehnte. Heute finden wir, wie Amerika, England, Japan, Frankreich und Italien sich mit ihren eigenen Produkten eindecken. Im Jahre 1924 blieb die deutsche Produktion ganz bedeutend hinter derjenigen von Frankreich, England und Amerika zurück, aber 1926 schon hatte es ein gutes Stück seiner früheren Position zurückerobert: seine Produktion repräsentierte einen Wert von einer Milliarde, die amerikanische 680 Millionen, die englische 500 Millionen, die französische 460 Millionen Mark. Der deutsche Vorsprung 1927 ist ein gewaltiger. Diese Entwicklung strebt nicht nur allein zur nationalen, sondern internationalen Kartellierung und Trustifizierung. Geradezu Selbstmord wäre es, wollte die Arbeiterklasse dieser Entwicklung gegenüber politische Abstinenz treiben. Der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiterschaft verlangt nach politischer Macht, die nur auf parlamentarischem Boden sich auswirken kann. So zeigt sich, wie Wirtschaft und Politik ineinandergreifen und wie wahr es ist, daß die kommende Wahl eine politische Wahl mit sozialem und wirtschaftlichem Hintergrunde ist. Es kommt darauf an, dahin zu streben, aus dem modernen Staat durch eine Erweiterung seiner Funktionen einen sozialen Kulturstaat zu machen. Die kommende Wahl ist also ganz besonders eine wirtschaftliche Angelegenheit, die jeden einzelnen Gewerkschaftskollegen angeht. Mit großer Spannung erwartet die ganze Welt den Ausfall der deutschen Reichstagswahl, und da sollten die Gewerkschafter untätig beiseite stehen?

Wie verhält es sich eigentlich mit dem gesetzlichen Achtstundentag? Es steht doch fest, daß die Ursache des Zustandekommens des letzten Bürgerblocks in der Stellung zum Achtstundentag lag. So ist die Lage klar vorgezeichnet: Ob die deutsche Arbeiterklasse endlich die Früchte eines mehr als vier Jahrzehnte währenden Kampfes einheimen wird, hängt davon ab, wie am 20. Mai gewählt wird. Hilferding hatte schon recht, als er auf dem sozialdemokratischen Parteitag von Kiel sagte:

„Wir müssen es in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Wochenlohn ein politischer Lohn ist, daß es von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet. Namentlich den Arbeiterfrauen muß es gesagt werden: wenn ihr zur Wahl geht, entscheidet ihr gleichzeitig über Brot und Fleisch und die Höhe des Lohnes und auch über die Länge der Arbeitszeit.“ B. Weingartz.

## Erkenne und handle!

Jeder Leser der „Gr. Pr.“ wird in diesem Frühjahr die Nachrichten über die Bestrebungen vieler Berufe, ihre Lebenslage zu verbessern, mit großem Interesse verfolgt haben. Besonders die Vorgänge im Buchdruckgewerbe dürften hierbei an erster Stelle stehen. Alle diese Bewegungen zeigten nun etwas, was wir wiederum bei unserer Bruderorganisation am meisten nachempfinden, daß sie durch verbindlich erklärte, ungenügende Schiedssprüche abgeschlossen, abgewirkt durch die Drohung des Staates mit der Klage auf Schadenersatz. Über diese Entwicklung und ihre Auswirkung für die Gewerkschaften ist schon viel geschrieben worden. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß bei dieser Tätigkeit des Arbeitsministeriums und seiner Schlichter, die politische Konstellation ihrer sichtbaren Ausdruck erhält. Die gewerkschaftliche Organisation, auch wenn sie so stark ist wie die der Buchdrucker, spielt nicht mehr die erste Geige, sondern nur noch Baß und brummt ganz gehörig, wenn die Unternehmerverbände mit den staatlichen Instanzen den Rhythmus angeben.

Es muß also jeder Kollege erkennen, daß das, was der Reichstagsabgeordnete Hilferding auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kiel in seinem sehr beachtenswerten Vortrag: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“ ausführte, auch für ihn von Wichtigkeit ist.

Hilferding sagte: „Aber, was wichtiger und neu ist, ist die Staatsregelung auf dem Gebiet, das unmittelbar das proletarische Schicksal angeht, nämlich auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes. Wir haben dank der Revolution die Arbeitslosenversicherung. Diese bedeutet eine ganz bestimmte Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben durch unser Tarifvertragswesen, durch die Schiedsgerichte, heute eine politische Lohnregelung und eine politische Arbeitszeitregelung. Das persönliche Schicksal des Arbeiters wird bestimmt durch die Politik, die der Staat treibt. Wenn es gelungen ist, bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als zwei Millionen im großen und ganzen für die Arbeiter den Reallohn zu halten, dann haben wir diese Sicherung des Reallohnes vor allem deswegen durchführen können, weil der politische Einfluß der Arbeiterklasse groß genug gewesen ist, um mit diesen Methoden der Arbeitslosenversicherung, des Schiedsgerichts und Tarifwesens wenigstens eine Senkung des

Lohnes zu verhindern. Wir müssen es in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Wochenlohn ein politischer Lohn ist, daß es von der Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet. Namentlich den Arbeiterfrauen muß es gesagt werden: wenn ihr zur Wahl geht, entscheidet ihr gleichzeitig über Brot und Fleisch und die Höhe des Lohnes.“

Damit ist jedoch der politische Einfluß auf die Realität des Lohnes keineswegs zu Ende. Als weiteres Glied in dieser Kette sei die Zollpolitik genannt. Nachdem wir wieder Handelsverträge abschließen konnten, wurden viele Positionen im Zolltarif so erhöht — in Betracht kam hauptsächlich der Massenkonsum — daß Fachleute seinerzeit die Belastung einer Familie mit mindestens 150 Mk. pro Jahr errechneten. Der außenparlamentarische Sturm der Öffentlichkeit säuselte damals so schwach, daß es nicht gelang, die Annahme im Parlament zu verhindern.

Zu diesen rechnerisch erfaßbaren Vorgängen, kommen nun etwas verzwicktere Maßnahmen der organisierten Unternehmer, die zum größten Teil den Volksparteien mit oder ohne nationalem Titel, als Mitglieder und Geldgeber angehören. Die von ihnen für wirtschaftliche Zwecke geschaffenen Kartelle, Syndikate und Trusts benutzen den Zollschutz zur erhöhten Preisbildung im Inland. Gelingt es ihnen eine monopolartige Stellung dadurch zu erreichen, so nützen sie dieselbe rücksichtslos aus. Kann der Inlandsmarkt nicht alle Erzeugnisse aufnehmen, werden die überschießenden Produkte im Ausland verschleudert (Dumping). Den Verlust deckt ja das Inland mit seinen hohen Preisen. Diese Vorgänge sind besonders bei den Rohstoffen, Kohle, Eisen, Stahl, Zement, Getreide usw. von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung und Rückwirkung auf die Lage vieler Berufe.

Die Wirkung des Dumpings führt nämlich dazu, daß die davon betroffenen ausländischen Gewerbe nach Staatsschutz rufen und die Zollmöglichkeiten des ausführenden Landes schwächt und zu schleichender Produktionskrise führen kann.

Von noch größerer Wichtigkeit ist jedoch, daß die billigen Rohstoffe die ausländische Industrie derartig unterstützen und ihr einen Vorsprung geben, der sehr schwer einzuholen ist. Nur ein paar Hinweise: wenn deutsches Eisen zur selben Zeit, da die Werke ohne 4 Proz. Preiserhöhung nicht mehr auskommen, um 20 Mk. pro Tonne billiger über Amsterdam, als direkt, zu beziehen war oder deutscher Stahl zum halben Inlandspreis dorthin verkauft wird, so wird jeder begreifen, daß der deutsche Schiffsbau und die eisenverarbeitende Industrie dadurch schwer benachteiligt ist. Die Unternehmer wälzen dann die Kosten auf ihre Arbeiter ab und drücken die Lebenshaltung in musterhafter Weise. Daß auch sonst der Brotkorb hoch hängt, wird durch das System der Einfuhrscheine erreicht, die verabfolgt werden bei der Ausfuhr von Lebensmitteln und zur zollfreien Einfuhr von solchen oder einigen anderen Artikeln berechtigen. Diese Scheine werden börsenmäßig gehandelt, und so kommt es, daß unser Brot immer Weltmarktpreis plus Zoll kostet.

Ein weiteres Arbeitsgebiet der Unternehmerverbände ist die systematische Beeinflussung der Öffentlichkeit. Läuft in einem wichtigen Beruf, wie im Bergbau, das Lohnabkommen ab oder die steigende Teuerung zwingt die Arbeiter dasselbe zu kündigen, dann tauchen allerwärts Unken auf, ja es geht schon so weit, daß bekannte Firmen besonders frisierte Bilanzen herausbringen, um dann mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen billig davon zu kommen oder gar durch Preiserhöhung ein Extraprofiten zu machen. Was ihnen so lange gelungen wird, bis wirtschaftliche Kenntnisse so verbreitet sind, daß niemand mehr an diesen Spuk glaubt.

Hier erscheint es mir angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Unternehmer mit Hilfe der sogenannten unpolitischen Blätter vom Schlage der Lokal-Anzeiger und Morgenpost auf weite Kreise, die sich sonst arbeiterfreundlich geben, einen großen Einfluß ausüben.

Jeder Kollege, dem es mit seiner Interessenvertretung ernst ist, muß die Arbeiterpresse lesen; dort findet er die Hinweise und die Aufklärung über die oben skizzierten Vorgänge. Diese Tat kann alle Tage vollzogen werden und bedeutet eine individuelle Revolution: Das Abstreifen der bürgerlichen Ideologie und des kapitalistischen Unterbewußtseins.

Da ich gerade bei alltäglichen Erscheinungen bin, möchte ich auf noch eine revolutionäre Wirkungsmöglichkeit hinweisen: die Entziehung des Verbrauches dem Kapital! Wer seine Bedürfnisse in der Konsumgenossenschaft deckt, dort seine Notgroschen spart oder mit der Arbeiterbank in Verbindung steht, unterhöhlt den Fiskus des Kapitalismus und hilft ein Stück Bedarfsdeckungs- und Gemeinwirtschaft aufbauen. Er hilft

mit, daß Kräfte sich bilden, die bei den kommenden Dingen sehr notwendig sind.

Als Gewerkschafter haben wir jedoch nicht nur materielle Sorgen, die politisch beeinflußt werden können. Die Demokratie im Betriebe, die Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten, Reichswirtschaftsrat, die gleichberechtigte Mitwirkung bei den Industrie- und Handelskammern, Ausbau der Sozialgesetzgebung, Schutz im Alter, Schulung der Jugend, Aufstieg der Begabten, Menschenökonomie usw. sind Probleme, die jetzt schon die Frage in den Vordergrund bringt; wollen wir bei der Austragung dieser Probleme auf unsere Macht verzichten? Als Mitglied eines Verbandes haben wir den Wert der Organisation erkannt. Nun heißt es eben weiter erkennen, daß man sich auch politisch betätigen muß, um handelnd die eingangs erwähnten Erscheinungen zu bekämpfen. Dazu bietet die Wahl am 20. Mai, bei richtiger Wahl der Partei die Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Jedoch ist dazu notwendig, daß nicht nur die Kollegen, sondern auch ihre Angehörigen, Verwandten und der gesamte Bekanntenkreis in obigem Sinne zum Handeln gebracht werden. Heute ist es doch so, daß das Volk die Regierung hat, die es selber wohnt. Von einer kritischen Untersuchung der Parteien will ich absehen, ich überlasse es jedem Leser, selbst zu entscheiden und vertraue dabei auf die gewerkschaftliche Erfahrung, die uns lehrt, daß nur große, in sich geschlossene und einig organisierten zum Ziele führen. So ist es auch in der Politik. Die Entscheidung liegt bei den großen, nicht bei den kleinen mit ihren Splintern und Abzweigungen.

Erkennen wir also, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit eine zielbewußte Ausweitung erforderte und handeln wir dementsprechend, dann muß unser der Sieg am 20. Mai sein, für uns und unsere Kinder!

### Die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1927.

#### Statistischer Bericht.

Die deutsche Sozialversicherung gehört zu den wichtigsten Kulturgütern des deutschen Volkes. Wenn auch die Sozialversicherung von den Gegnern der Sozialpolitik stark bekämpft wird, so kann ihr Bestand dadurch nicht mehr gefährdet werden. Die deutsche Sozialversicherung ist mit dem deutschen Volke schon derart verwachsen, daß ihre Beseitigung schwere bevölkerungspolitische Gefahren mit sich brächte. Sie trägt immer mehr zum Lebensglück der breiten Massen bei und stellt ihre Existenzsicherheit auf immer breitere Füße. Und trotz der Anfeindungen durch die Gegner geht es vorwärts mit der Sozialversicherung. Auch aus dem neuen Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1927 ist dies deutlich ersichtlich. Zwar ist noch vieles in der deutschen Sozialversicherung nicht zu unserer vollsten Zufriedenheit geregelt. Aber der Fortschritt auf dem Gebiet der Sozialversicherung hängt nicht zuletzt, wie auch auf allen anderen Gebieten, von dem Grad des Interesses ab, mit welchem die Arbeiterschaft der Sozialversicherung begegnet.

Im Nachstehenden geben wir einen kurzen Ausschnitt aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes. Es handelt sich im hauptsächlichsten um einen statistischen Bericht. Auch eine Aufzählung über die Einnahmen und Ausgaben usw. ist nicht uninteressant. Dadurch erfährt man erst so richtig, mit welcher einer gewaltigen Institution wir es bei der Sozialversicherung zu tun haben. Mit einem ganz anderen Auge blickt man auf die Sozialversicherung, wenn man erfährt, daß mit der deutschen Sozialversicherung das Lebensschicksal der Mehrheit des Volkes verknüpft ist.

#### Die Unfallversicherung.

Im Jahre 1927 waren zur Durchführung der Unfallversicherung 66 gewerbliche und 40 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 499 Ausführungsbehörden für Betriebe des Reiches, der Länder, Provinzen und Gemeinden und daneben noch einige Sonderberufsgenossenschaften tätig.

Der Unfallversicherung unterlagen 1926 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 875 847 Betriebe mit 9 918 284 versicherten Personen und bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 4 604 900 Betriebe mit 14 068 000 versicherten Personen und bei den staatlichen und gemeindlichen Ausführungsbehörden 875 747 versicherte Personen.

Rund 25 Millionen Menschen unterliegen demgemäß in Deutschland der Unfallversicherung.

Nach den vorläufigen Zahlen betragen die Gesamtaufwendungen in der Unfallversicherung rund 52 700 000 Mk., gegen 322 159 600 Mk. im Jahre 1926. Die Steigerung der Mehraufwendung betrug etwa 10 Millionen Mark.

Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	1927 Mk.	1926 Mk.
Unschädigungen	279 052 000	(268 750 800)
Kosten d. Unfallverhgt.	6 211 000	(5 253 600)
Verfahrenskosten	9 741 000	(7 798 800)

	1927 Mk.	1926 Mk.
Finanzdienst . . . . .	4 246 000	(8 021 400)
Verwaltungskosten:		
a) persönliche . . . . .	26 933 000	(25 326 800)
b) sächliche . . . . .	6 521 000	(6 447 200)

Nach der noch nicht endgültigen Zusammenstellung sind 1927 rund 1 299 000 Unfälle gemeldet worden, das sind eine Viertelmillion mehr als im Vorjahr. Zur erstmaligen Entschädigung gelangten 136 000 Unfälle, 1926 126 700. Zur Anzeige kamen an Berufskrankheiten 4261 und entschädigt wurden hiervon erstmalig 292, im letzten Berichtsjahr betrug die Zahl der gemeldeten Berufskrankheiten 3945 und die Zahl der erstmalig zur Entschädigung gelangten 268.

Über die Zusammenarbeit der technischen Aufsichtsbeamten mit den Betriebsvertretungen ist zu berichten, daß die Beteiligung der Betriebsvertretungen an den Betriebsbesichtigungen zu keinerlei Schwierigkeiten geführt hat. Mit den Gewerkschaften, die dieser Frage besondere Aufmerksamkeit schenken, ist über die wirksame Ausgestaltung der Zusammenarbeit mehrfach verhandelt worden.

Die Rechtsprechung hat ebenfalls eine bedeutende Zunahme erfahren.

#### Die Invalidenversicherung.

1927 wurden insgesamt 586 291 Renten bewilligt und zwar 245 628 Invalidenrenten, 74 787 Witwen- und Witwenrenten und 65 876 Waisenrenten.

Weggefallen sind im Jahre 1927 13 546 Invalidenrenten, 18 128 Witwen- und Witwenrenten, 155 080 Waisenrenten, außerdem 2335 Krankenrenten, 9417 Altersrenten und 269 Witwenkrankenrenten. Von den weggefallenen Waisenrenten sind 55 664 wieder aufgelebt, da die besonderen Voraussetzungen für die Weitergewährung (Schul-, Berufsausbildung, Gebrechlichkeit) vorlagen.

Die Zahl der Witwen- und Waisenrenten wurde dadurch beeinflußt, daß vom 1. April 1927 an auch die nichtinvaliden Witwe, die das 65. Lebensjahr vollendet hat, die Witwenrente erhält usw.

An reichsgesetzlichen Leistungen wurden von den sämtlichen Versicherungsträgern rund 800 Millionen Mark ausgegeben. Die gesamten Beitragseinnahmen im Jahre 1927 betrugen 871 Millionen Mark.

Die Träger der Invalidenversicherung haben 1926 insgesamt 268 069 Personen, mit einem Gesamtaufwand von 50 152 489 Mk. in Heilbehandlung genommen. Die Mehraufwendung seit der letzten Berichterstattung betrug 10 Millionen Mk. In den letzten 30 Jahren sind die Kosten für die Heilbehandlung rund um das achtfache gestiegen.

In eigenen Heilstätten der Versicherungsträger sind im Jahre 1926 insgesamt 91 879 Personen gepflegt worden. In Betrieb waren 108 Heilstätten mit 13 846 Betten.

Bei Lungen- oder Kehlkopftuberkulose war der Heilerfolg 91 v. H. und bei den anderen Krankheiten 93 v. H. der behandelten Fälle.

Für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Beschäftigung wurden 10 Millionen Mk. verausgabt und für die Kinderfürsorge 5 148 737 Mk.

Von dem Vermögen der Versicherungsanstalten waren 116 Millionen gemeinnützig angelegt und zwar zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen usw.

Auch die Rechtsprechung wurde mehr als im Vorjahr in Tätigkeit gesetzt.

#### Die Krankenversicherung.

Statistische Angaben über die Krankenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung fehlen. Es wird hier lediglich über die Verwaltung und über die Rechtsprechung vom Reichsversicherungsamt berichtet. Sobald endgültige Unterlagen vorliegen, werden wir über die letztgenannten Zweige der Sozialversicherung berichten. L. P.

### Zur Lage im Formenstich!

Die Kollegen im Formenstich haben von dem Ergebnis der in Hannover am 27. April stattgefundenen Verhandlung mit den Unternehmern durch die Mitgliedschaftsvorstände Kenntnis erhalten. In allen Mitgliedschaften haben die Kollegen zu dem Verlauf dieser Verhandlung Stellung genommen. In vollständiger Einmütigkeit haben die Gehilfen in allen Mitgliedschaften das unzulängliche Angebot von 3 Pf. Stundenlohnerhöhung abgelehnt. Die Voraussage der Gehilfenvertreter in Hannover hat sich bewahrheitet. Diese waren die Weitsichtigeren in der Beurteilung der Sachlage.

Wenn die Unternehmer sich nicht mit größter Beschleunigung zu neuen Verhandlungen bereitklären, ist mit größter Bestimmtheit der Ausbruch eines allgemeinen Kampfes zu erwarten. Für ein

Gewerbe wie der Formenstich, der keinen festen Boden unter den Füßen hat, wäre ein solcher Kampf im Interesse beider Vertragsparteien zu bedauern. Die Folgen eines langen, erbitterten Kampfes würden ohne Zweifel mit einer schweren Beeinträchtigung der Erwerbsmöglichkeit enden. Von den Unternehmern muß deshalb gefordert werden, daß sie sich sofort mit uns zu neuen Lohnverhandlungen zusammensetzen. Sollte sich die Gehilfenschaft darin täuschen, dann wird ein folgenschwerer Kampf begonnen, der mit äußerster Kraftanstrengung von den Formstecherkollegen zur Verbesserung ihrer Lage geführt werden würde. Da diese Sachlage auch den Unternehmern bekannt ist, kann man wohl hoffen und glauben, daß eine andere Einsicht im Unternehmerrager Platz greifen wird. Die Gehilfenschaft ist selbstverständlich zu neuen Lohnverhandlungen bereit. Ohne diese wird sie den Kampf für die gerechten Forderungen der Gehilfen aufnehmen müssen.

### Lohnbewegung in Danzig.

Die Arbeitnehmerschaft der graphischen Betriebe in Danzig hat einige bewegte Wochen hinter sich. Ende März stellten sie beim Danziger Tarifamt den Antrag, den Spitzenlohn, der hier 65 Gulden die Woche beträgt, zu erhöhen. Die Arbeitgeber lieben sich einmal sehr lange Zeit, bis sie sich an den Verhandlungstisch setzten, und dann ließen sie hören, daß sie absolut nichts zulegen könnten. Da im Tarifamt keine Einigung über eine Neuregelung der Löhne zustande kam, wurde das Oberparlament angerufen, das unter dem Vorsitz eines unparteiischen Juristen eine Erhöhung des Wochenspitzenlohnes um 2,60 Gulden vorsah. Dieser Entscheidung wurde von den Gehilfen als ungenügend und nicht den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragend abgelehnt, worauf die Prinzipale, als daraufhin die Kollegen in den Streik traten, den in Danzig noch immer amtierenden Demobilisierungskommissar und — als das nichts half — den staatlichen Schlichtungsausschuß anriefen. In diesem Ausschuß wurde gegen unseren Willen ein Spruch gefällt, der die Erhöhung des Spitzenlohnes auf die bereits von der Gegenseite uns inzwischen zugestandenen 3,75 normierte. Auch dieser Spruch verfiel dem gleichen Schicksal wie der des Oberparlaments: die Gehilfen lehnten ihn mit erdrückender Mehrheit ab. Auf Arbeitgebersseite wurde jetzt der Demobilisierungskommissar um die Verbindlichkeitsklärung bestimmt, während ihm von uns aus bedeutet wurde, daß die Kollegen sich einem Diktat, das in Danzig auf sehr schwachen Füßen steht, nicht beugen würden. Noch fehlt hier das moderne deutsche Arbeitsrecht, wie es in dem Betriebsrätegesetz und in dem Arbeitsgerichtsgesetz verkörpert ist. Und was sonst für uns als ein Mangel empfunden wird, dieses Fehlen der deutschen Einrichtungen, erwies sich in diesem Falle ausnahmsweise als ein Segen; es fehlte auch die deutsche Zwangsschlichtungsordnung. Und ohne die wäre die Verbindlichkeitsklärung ein Schlag ins Wasser gewesen. Inzwischen war man doch zu der Einsicht gekommen, daß ein auf freier Vereinbarung beruhender Vergleich mit den Arbeitnehmern noch das beste sei, und zu diesem Vorhaben wurde die Vermittlung des Demobilisierungskommissars in Anspruch genommen. Man einigte sich auf eine Zulage von 4 Gulden auf den Wochenspitzenlohn, und zwar gilt dieses Abkommen für die Zeit bis zum 31. März 1929. Hoffentlich hält auf Unternehmenseite die Einsicht eine Weile vor, daß es besser ist, wenn man sich von vornherein mit der Arbeitnehmerschaft einigt, ohne sich erst auf dem Umweg über die staatlichen Schlichtungsinstanzen und den Streik, der innerhalb dieses Lohnkampfes geführt werden mußte und acht Tage dauerte, doch wieder vertragen zu müssen. — Gerade während der Streikzeit erhielten wir den Besuch der Kollegen, Gauleiter G. Hoffmann und Ernst Herbst vom Verbandsvorstand. Kollege Hoffmann sprach am 23. April in einer Versammlung unserer Fachgruppe über das in Danzig besonders aktuelle Thema „Unsere Aufgaben in erster Zeit“, wobei er kein für uns geltendes Gebiet unberücksichtigt ließ und jedem der leider nicht sehr zahlreich erschienenen Kollegen das in unserer freien Stadt etwas eingeschlafene Gewissen schärfte. Am nächsten Tage sprach Kollege Herbst vor den Gehilfen aller graphischen Gewerbe über das „Wesen der graphischen Technik“. Wenn auch dieser großzügig angelegte Vortrag begrifflicherweise unter der Augenblicksmitteilung des Streiks bei diesem und jenem der Konjunktur-Versammlungsbesucher nicht das verdiente Gehör fand, so zwang doch Kollege Herbst die meisten seiner Hörer in seine Gedankengänge. Dafür und für die von ernsthaftem Humor durchzogenen Anregungen wissen wir ihm aufrichtigen Dank. — Die Kollegen im Reich ersuchen wir bei dieser Gelegenheit immer aufs neue, vor Annahme von Konditionen in Danzig die unbedingt erforderliche Auskunfts einzuholen. K. Töpfer.

**Rundschau.**

**Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H.**

Die Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft erlassen die Einladung zur 34. ordentlichen Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, am 14. Juni 1928 in Dresden, im großen Saale des Ausstellungspalastes. Von den auf die Tagesordnung gesetzten geschäftlichen Angelegenheiten seien erwähnt: Vortrag des Geschäfts- und Revisionsberichts, Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrats, Beschlussfassung über die Verteilung des Überschusses und ein Antrag der Geschäftsführer und des Aufsichtsrats betr. Heinrich-Lorenz-Stiftung.

**Verbandstag der Freidenker.**

Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung beruft eine außerordentliche Verbands-Generalversammlung für den 14.—16. Juli nach Frankfurt a. M. ein. Vorläufig gilt folgende Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht,
2. Satzungsänderungen,
3. Anträge,
4. Wahl der Delegierten zur Ragtagung in Dessau.

**Studienreise nach Amerika.**

Der Verband Deutscher Reklamefachleute E. V. in Berlin W 35, Potsdamer Str. 105 a, veranstaltet vom 21. 6. bis 1. 8. 1928 eine Studienfahrt nach Nordamerika, die nicht nur für seine Mitglieder bestimmt ist, sondern an der jeder teilnehmen kann, der ein Interesse daran hat, einen wertvollen und umfassenden Einblick in das amerikanische Werbewesen zu erhalten. Die Reise beginnt in Bremen mit der Überfahrt auf dem Dampfer „Karlsruhe“ des Norddeutschen Lloyd nach New York. Es sind zwei Rundreisen in Amerika vorgesehen, von denen die eine 2 Wochen, die andere 3 Wochen Zeit beansprucht. Es werden außer New York die Städte Boston, Buffalo, Washington, Philadelphia und nach Wunsch auch Chicago besucht und überall sehenswerte Betriebe des Werbewesens besichtigt. Sämtlichen Teilnehmern wird die Gelegenheit geboten, dem Kongreß des Internationalen Reklame-Verbandes in Detroit beizuwohnen, der vom 8. bis 12. Juli tagt. Die Rückfahrt erfolgt am 14. bzw. 21. 7. 28 mit einem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie von New York aus, die Ankunft am 27. 7. bzw. 1. 8. 28 in Hamburg. Nähere Einzelheiten, besonders über den Preis, sind von der Geschäftsstelle des obengenannten Verbandes zu erhalten.

**Umfang der reichsgesetzlichen Unfallversicherung.**

Das Reichsversicherungsamt als Aufsichtsbehörde über die Berufsgenossenschaften hat nunmehr die Ergebnisse über die reichsgesetzliche Unfallversicherung für das Jahr 1926 endgültig und für das Jahr 1927 mit vorläufigen Zahlen bekanntgegeben.

Im Reichsgebiet waren 1926 insgesamt 5 480 747 Betriebe mit 23 986 284 Arbeitnehmern bei den Trägern der Unfallversicherung versichert. Davon waren 875 847 gewerbliche Betriebe mit 9 918 284 Beschäftigten und 4 604 900 landwirtschaftliche Betriebe mit 14 068 000 versicherten Personen.

Über die Unfallversicherung im Jahre 1927 liegen zunächst vorläufige Zahlen vor. Die Gesamtaufwendungen betragen danach 332 700 000 Mk. Von diesen Aufwendungen entfallen auf:

Entschädigungen (P.nten)	279 052 000 Mk.
Unfallverhütung	6 211 000 Mk.
Verfahrenskosten	9 741 000 Mk.
Finanzdienst	4 246 000 Mk.
Verwaltung	32 454 000 Mk.

Nach vorläufigen Zusammenstellungen sind im Jahre 1927 rund 1 290 000 Unfälle gemeldet worden, das sind rund 275 000 mehr als im Jahre 1926. Davon entfallen auf:

Gewerbebetriebe	1 008 273,
landwirtschaftliche Betriebe	213 255,
Ausführungsbehörden	68 496.

Unter den gemeldeten Unfällen befinden sich 4261 mit Folgen von Berufskrankheiten.

**Feuilleton.**

**Meine Eltern.**

Von Fritz Brenneisen.

Frage nicht, wie!  
Irgendwie  
Haben sie sich gefunden,  
Hat sie die Liebe  
Gebunden.  
Ob sie litten, ob sie lange gerungen?  
Sei ruhig, sei stille  
Ihr ganzer Wille  
Ist mit ihnen gewesen.

Frage nicht, warum!  
Irgendwarum  
Vollbrachten sie eine Tat  
Und zeugten im Leibe  
Des Lebens keimende Saat.

Frage nicht, wo!  
Irgendwo  
Ist es ungesehen  
Geschehen;  
Ruhten sie aus,  
Und sehnten sich beide  
Nach einem „zu Haus“.

Frage nicht mehr!  
Von irgendwoher  
Und durch alle Räume,  
Führen meiner Mutter Träume  
Ewig zu mir!

**Zum 100. Geburtstag des Begründers des Roten Kreuzes am 8. Mai 1928.**

Vor hundert Jahren, am 8. Mai 1828, erblickte zu Genf in der Schweiz ein Edelmensch das Licht der Welt: *Henri Dunant*, der Begründer des Roten Kreuzes.

Die häufigen Kriege im dritten Viertel des vorigen Jahrhunderts, wohl zuerst der Krisenkrieg, dann besonders der Krieg in Italien von 1859 und der nordamerikanische Sezessionskrieg, machten von selbst auf diejenigen Kriegsgreuel aufmerksam, denen bei einer zweckmäßigen Handhabung des Militärsanitätswesens einigermaßen abgeholfen werden konnte.

Im genannten italienischen Kriege wirkte *Henri Dunant* aus Genf als Pfleger von Verwundeten und berichtete über seine Erlebnisse in der Schrift: „Un souvenir de Solferino“, die 1862 erschien und den eigentlichen Anstoß dazu gab, freiwillige Hilfsgesellschaften zu gründen, deren Zweck ist, die Verwundeten in Kriegszeiten zu pflegen oder pflegen zu lassen.

Diesen Gedanken, für welchen *Dunant* an vierzehn Höfen, besonders in Berlin tätig war, auszuführen, versammelte sich im Oktober 1863 eine Konferenz von 36 Vertretern fast aller europäischen Staaten in Genf unter dem Vorsitz des Generals *Dufour* und des an der Spitze des internationalen Komitees stehenden *Gustav Moynier*.

Auf Veranlassung des Bundesrates der Schweiz fand 1864 ein Kongreß in Genf statt, auf welchem 26 Abgesandte von 16 europäischen Staaten am 22. August die *Genfer Konvention* abgeschlossen, welche die Feldlazarette als neutral und unverletzlich erklärt, die Verwundeten beider Parteien in gleicher Weise zu pflegen vorschreibt und das Sanitätspersonal gegen Kriegsgefangenschaft schützt.

Im Jahre 1868, auf dem Kongresse in Paris, wurde sie auch auf den Seekrieg ausgedehnt. Weitere Kongresse fanden in Berlin, Genf, Karlsruhe, Rom usw. statt.

Das Abzeichen der Konvention ist das Rote Kreuz (in der Türkei der Rote Halbmond) in weißem Felde auf Fahne und Armbinde.

Zum ersten Male erschien es im deutsch-österreichischen Kriege von 1866, nach dessen Abschluß *Dunant* hoch geehrt wurde.

Heute bekennen sich die meisten Staaten zur Konvention, an deren Spitze das Zentralkomitee in Genf steht. In jedem derselben ist das Rote Kreuz nach Landes-, Provinzial- und Lokalvereinen or-

ganisiert und unterhält eine Anzahl freiwilliger Sanitätskolonnen mit Vereinslazaretten und Lagerstätten. Ihnen stehen Frauenvereine zur Seite, deren Preußen allein gegen 800 zählte.

Dasselbe leisten jetzt die Arbeiter-Samariter mit ihren Angehörigen.

Außerhalb Deutschlands ist die Organisation des Roten Kreuzes etwas abweichend.

Was aber ist aus dem Begründer *Henri Dunant* geworden?

Nachdem sein großes Werk gelungen war, hat er sich zurückgezogen, fast niemand wußte wohl, bis ihn jemand in dem Kurort Heiden in der Schweiz, der durch das Sanatorium des großen Berliner Augenarztes, Professor *Gräfe*, bekannt wurde, erkannte.

Hier, in dem lieblichen Heiden, oberhalb Fuschach, am Bodensee, ist der edle Menschenfreund *Henri Dunant* auch am 50. Oktober 1910 gestorben.

Der Begründer des Roten Kreuzes, das nach dem Sinne der Friedensfreunde natürlich nur ein Nothelfer sein kann, hat also den Weltkrieg nicht zu erleben brauchen.

Friede auf Erden wird es werden, wenn die Macht des Kapitals beseitigt ist und die Menschen eine wahrhaft klassische Bildung besitzen. *M. J.*

**Vom Büchertisch.**

**Jungsozialisten und Arbeiterbewegung.** Von *Alexander Stein*, Referat auf der Reichskonferenz der Jungsozialisten am 5. Juni 1927 zu Dresden. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Kart. 30 Pf.

*Heinz Hornung* analysiert in gedrängten Ausführungen die gesellschaftlichen Funktionen der Beamten- und Angestelltenschaft in Wirtschaft und Verwaltung. Die moderne Schul- und Berufsbildung in ihren verschiedensten Gestaltungen und Formen wird als Zweckbildung zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bzw. des bürgerlichen Staates nachgewiesen und gezeigt, wie durchweg das soziale Herkommen, nicht die natürliche Begabung oder individuelle Zielstrebigkeit, die Einordnung in den Apparat der Klassengesellschaft und die Lebensstellung des Individuums bestimmt. Die sich aus der Tatsache ergebenden Notwendigkeiten für die sozialistische Aufbauarbeit werden kurz gestreift. Literaturangaben ergänzen die instruktive Schrift, die manche Illusion zu zerstören geeignet ist.

**Zur Soziologie der Bürgerfunktionäre.** Von *Heinz Hornung*. „Jungsozialistische Schriftenreihe“. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Kart. 85 Pf.

*Alexander Stein* skizziert in großen Umrissen Sinn und Ziel der Jungsozialistischen Bewegung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Er weist ihr eine wesentliche Aufgabe besonders auf dem Gebiete der Kultur- und Erziehungsarbeit zu, die im Geiste einer Auffassung des Marxismus nicht als akademische Angelegenheit erfüllt werden muß, um so eine Grundlage des proletarischen Kampfes zu bilden. Seine Darlegungen besitzeln manche Unklarheit über das Wesen des Jungsozialismus. Die Satzungen und Richtlinien für die Jungsozialistische Bewegung selbst sind dem Referat angehängt.

**Handbuch für sozialistische Jugendarbeit.** Zusammengestellt von *Max Westphal*. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Kart. 3.— Mk. in Ganzleinen gebunden 4.— Mk.

Das „Handbuch für sozialistische Jugendarbeit“ soll ein Ratgeber für alle diejenigen sein, die als Helfer oder Jongleure in der sozialistischen Jugendbewegung tätig sind. Man spürt beim Lesen jeder Seite des Buches, daß es aus der Praxis der Jugendvereinsarbeit entstanden und für diese Praxis bestimmt ist. All das, was die praktische und theoretische Entwicklung sozialistischer Jugendarbeit im Laufe der letzten Jahre an Ergebnissen gezeigt hat, ist in diesem Buche zusammengefaßt und übersichtlich dargeboten. Das „Handbuch“ ist in acht Teile gegliedert. Der erste Teil gibt eine kurze Übersicht über das Werden und Wirken der SAJ.; der zweite Teil skizziert in knappen Zügen „Unsere Aufgabe“; der dritte Teil, „Von Jugendlichen“ teilt, vermittelt einen Einblick in die Physiologie und Psychologie des Jugendlichen, in seine Familien-, Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse; der vierte Teil schildert ausführlich die praktische Jugendvereinsarbeit. In diesem Abschnitt und im fünften, der den Aufbau der Organisation und das Zusammenwirken der verschiedenen Organisationsstellen schildert, werden dem Leser besonders zahlreiche und wertvolle Anregungen vermittelt; im sechsten Teil werden die Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialistischen Organisationen geschildert und im siebenten Teil befindet sich außer einer knappen Übersicht über das Jugendrecht in Deutschland eine eingehende Darstellung der staatlichen Förderung der Jugendpflege. Ein ausführliches Sachregister macht es jedem Leser leicht, sich in dem 240 Seiten starken Handbuch zurechtzufinden. Das Buch wird sicherlich in der sozialistischen Bewegung viel Anerkennung finden. Wir können die Anschaffung sehr empfehlen.

**Bekanntmachung.**

Zur Versendung kamen die allgemeinen Rundschreiben Nr. 136 und 137 sowie Rundschreiben der Technischen Zentrale Nr. 61. Wo diese Sendungen nicht eingegangen sind, bitten wir zu deklarieren.

Der Verbandsvorstand.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität.  
**Ia Auswaschinktur** Zinkätzsals D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36,** Wiener Straße Nr. 59  
 Fernspr. Mor. 12289

**Ia Kritzpapier**  
 liefert  
**Friedrich Schreier,**  
 Hildesheim-Moritzberg.

---

**Fachliteratur!**  
 Der Filmlichtdruck von Otto Neubert.  
 Preis inkl. Nachnahme 1,70 RM.  
**Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig**